

# „Solange ich lebe“

Die Dinge bei Licht betrachtet

Von Marie Ringel

„**So lange ich lebe**“, hatte die Bundeskanzlerin am Dienstag, den 26. Juni 2012 beteuert, werde es **keine gesamtschuldnerische Haftung für anderer Staaten Schulden geben**“.<sup>1</sup> Doch wie konnte sie das sagen, wo doch Deutschland seit Mai 2010 die Hauptlast der bilateralen Kredite an Griechenland und die Hauptlast der EFSF-Rettungskredite an Irland und Portugal mit rund 30 Prozent der jeweiligen Gesamtkredit-Summe trägt?

Die in Zahlungsnot geratenen Euro-Länder standen vor dem Konkurs und konnten ihre Kredite und Zinsen nicht mehr bezahlen. Für sie sprangen die anderen Euro-Staaten und der IWF als neue Gläubiger ein. Sie mussten sogar noch zusätzliche Kredite gewähren. Das sei nicht so schlimm, denn nach einer Überbrückungszeit würden die zahlungsunfähigen Staaten wieder zahlungsfähig werden und die Schulden zurückzahlen können. Finanzminister Schäuble und Kanzlerin Merkel hatten uns dies mehrmals zugesichert. In dieser Übergangszeit sollten die Länder (1) sparen, (2) die Steuern erhöhen und (3) ihre Wirtschaft reformieren. Das war die Theorie der Retter. Doch wie wir wissen, funktioniert sie nicht! Die Staatsschulden und die Leistungsbilanzdefizite der überschuldeten Länder sind seitdem weiter angestiegen und machen immer weitere Hilfeleistungen erforderlich. Wenden wir uns wieder der Frage zu, was von der Beteuerung unserer Kanzlerin zu halten ist, dass es keine gesamtschuldnerische Haftung für andere Staaten geben werde?

Man kann sich verpflichten, für die Schulden anderer **mit zu haften** oder **zu bürgen**. Im Falle der Euro-Länder wurde dies allerdings durch die Maastricht-Verträge ausdrücklich verboten. Doch als es so weit kam, scherten sich die Euro-Retter nicht mehr um ihre eigenen Verträge. Es gibt auch kein Gericht, das diesen Vertragsbruch ahnden würde, wenn dies im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragspartner geschieht. Die manisch getriebenen Euro-Retter bezahlten den zahlungsunfähigen Euro-Ländern die fälligen Schulden und wurden damit zu Gläubigern dieser Länder. Sie mussten sich aber selbst verschulden, um die Schulden der anderen Euro-Länder bezahlen zu können. Egal, ob als Bürge oder Gläubiger, wenn die Kredite nicht zurückgezahlt werden, bleiben die Gläubiger-Staaten auf ihren Forderungen sitzen und müssen die eigenen und fremden Schulden von ihren Bürgern eintreiben. Die Deutschen sind mit rund 30 Prozent an allen Rettungskrediten beteiligt!

Nun stellt sich natürlich die Frage, wie sich diese Tatsache mit Frau Merkels Behauptung vereinbaren lässt, dass es keine gesamtschuldnerische Haftung für andere Staaten geben wird? Selbst Kredite zu gewähren ist sogar weit mehr als nur eine Haftungsübernahme. Hat Frau Merkel nicht schon gelogen als sie sagte, es werde mit ihr keine gesamtschuldnerische Haftung geben? Beflissene Juristen werden jetzt das Wort „gesamtschuldnerisch“ zur Rechtfertigung heranziehen. „Gesamtschuldnerisch“ heißt nämlich: Haftung für die gesamten Schulden – nicht nur für einen bestimmten Anteil der Schulden! Ob Frau Merkel, die gelernte Physikerin, an diese Differenzierung dachte, als sie ihre Aussage machte? Doch selbst diese Ausflucht ins Juristische zieht nicht, denn die gesamtschuldnerische Haftung ist im Falle des ESM-Vertrages vorgesehen. D.h. die Haftung Deutschlands erhöht sich mit jedem Land, das wegen eigener Zahlungsschwierigkeiten seine zugesagte Beteiligung am ESM nicht erbringen kann. Und genau über diesen ESM

---

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.06.2012 Seite 11.

-Vertrag sollten die Bundestagsabgeordneten drei Tage später – am Freitag den 29. Juni – entscheiden! Die Beteuerung der Kanzlerin sollte die Abgeordneten darauf einstimmen! Und die „hammelsprunggeübten“ Abgeordneten haben diesen ESM-Vertrag mit der gesamtschuldnerischen Haftung drei Tage später – am Freitag – mit zwei Drittel Mehrheit „durchgewinkt“.

Das tollste an der Sache war aber, dass dieser ESM-Vertrag – so wie ihn der Bundestag genehmigte – gar nicht mehr aktuell war. Am Tag zuvor, am Donnerstag, den 28. Juni hatte die Kanzlerin auf dem EU-Gipfel in Brüssel nämlich eingewilligt, dass

- (1) der **ESM-Vertrag auf die Bankenschulden** anderer Länder **ausgeweitet** wird und
- (2) dass die Rettung spanischer Banken **nicht an Bedingungen** geknüpft wird.

Die Abgeordneten stimmten also über einen ESM-Vertrag ab, der durch die neuen Beschlüsse der Euro-Regierungen schon überholt war. Auch die vorausgegangenen Rettungskredite an Griechenland, Irland und Portugal waren gegen strenge Auflagen (Sparen, Reformen etc.) vergeben worden. Die Kredite an die spanischen Banken in Höhe von 100 Mrd. Euro werden aus den Mitteln der EFSF-Zweckgesellschaft bezahlt, der diese auch nur gegen Auflagen vergeben darf – wie es auf dem Papier steht. Höhnisch vermerkten die Medien und die schadenfrohe Opposition, dass Frau Merkel wieder einmal „eingeknickt“ war.

Doch jetzt wurde die Situation erst so richtig verworren. Frau Merkel behauptete auf einmal, dass sie auf dem Brüsseler Gipfeltreffen gar nicht nachgegeben habe<sup>2</sup>. Den spanischen Banken habe man Auflagen gemacht und die spanische Regierung hafte für die Kredite! Welch eine tolle Ausrede: Ein Staat, der nicht in der Lage ist, seine Banken selbst zu retten und deswegen die anderen Euro-Länder um Hilfe bittet, haftet also für die Rückzahlung der Kredite! Kein Kreditgeber würde im normalen Geschäftsleben einen solchen Bürgen (Haftenden) akzeptieren, kein Gläubiger würde unter diesen Umständen einen Kredit gewähren! Unsere Kanzlerin schon. Und die Abgeordneten – auch die der schadenfrohen Opposition – werden auch dieses Geschäft wieder genehmigen!

Ein wenig Licht ins Dunkel der Verworrenheit brachte Bundesbankpräsident Weidmann, der verlangte, dass Spanien im Gegenzug für Bankenhilfen nicht nur Auflagen für den Finanzsektor, sondern für die Gesamtwirtschaft bekommen sollte<sup>3</sup>. Die Behauptung der Kanzlerin, dass sie nicht nachgegeben habe, trifft also zu. Aber sie bezieht sich auf Bedingungen, die man den spanischen Banken abverlangt, nicht dem Spanischen Staat! Von der Krise betroffen ist aber nicht nur der Bankensektor, sondern die gesamte spanische Volkswirtschaft, wie die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent, belegt. Die konstruktive Kritik des Bundesbankpräsidenten verhallte bei Regierung und Opposition ohne jegliches Echo. Sie war „in den Wind gesprochen“, wie Heike Göbel, Chefredakteurin der FAZ, schreibt.<sup>4</sup>

Es bleibt abzuwarten, wie lange der aufmüpfige Jens Weidmann noch Präsident der Deutschen Bundesbank bleiben wird, die ja angeblich ihren Verpflichtungen nachkommt, ohne abhängig zu sein. Sein Spielraum ist momentan insofern ein wenig weiter, als die Politik nicht schon wieder einen Präsidenten-Posten neu besetzen kann, ohne selbst in schlechtes Licht zu geraten.

[www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de)

19.07.2012

---

<sup>2</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.07.2012 Seite 2.

<sup>3</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.07.2012 Seite 11.

<sup>4</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juli 2012, Seite 9.